

Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 07.02.2021

Zukunftsmissionen für unser Land

Unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft stehen in den 2020er Jahren vor großen Veränderungen. Es geht nicht um die Frage, ob diese weitreichenden Veränderungen stattfinden. Es geht um die Frage, ob wir diese Veränderungen nur geschehen lassen oder ob wir sie gestalten. Wenn wir es richtig angehen, können diese Transformationen unser Leben besser und unser Zusammenleben gerechter machen.

Der Klimawandel ist längst im Gange. Wir müssen unseren Beitrag dazu leisten, ihn zu stoppen. Wir brauchen eine langfristige Strategie, damit Deutschland spätestens bis zum Jahr 2050 klimaneutral wird – als eines der ersten Industrieländer der Welt. Wir sind der Überzeugung, dass das Ziel der Klimaneutralität mit dem Wunsch nach einem besseren Leben, nach Wohlstand und Vollbeschäftigung Hand in Hand geht. Nicht Wohlstand oder Klimaschutz, Wohlstand und Klimaschutz lautet unser Ziel. Dazu brauchen wir Innovationen – technologische und gesellschaftliche –, die fossile Energien bis 2050 überflüssig machen. Wir wollen hier vorangehen und im Verbund mit unseren europäischen Partnern Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent machen.

Die Verschiebung der internationalen wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse findet statt. China wird in absehbarer Zeit die größte Volkswirtschaft sein, auch andere Nationen in Südasien und in Afrika werden in den kommenden Jahrzehnten weiter aufholen. Zugleich hat die Corona-Pandemie die Verwundbarkeit Europas angesichts globalisierter Wertschöpfungs- und Lieferketten aufgezeigt. Diese beinhalten mehr als nur ein technisch-ökonomisches Risiko: Auf Menschenrechte und Klimaschutz wird in komplexen globalen Lieferketten bislang oft viel zu wenig geachtet. Wenn wir unser Wohlstandsniveau halten und die Teilhabe daran verbreitern wollen, brauchen wir faire Handelsbeziehungen. Wohlstand, der auf Kosten von Menschenrechten und Umwelt entsteht, erzeugt Konflikte, die über kurz oder lang alle treffen. Wohlstand und Anstand gehören zusammen.

Die Pandemie hat auch gezeigt, dass wir unser Gesundheitssystem besser und digitaler aufstellen müssen. Doch die öffentliche Förderung der Impfstoffentwicklung hat auch verdeutlicht: die Gesundheitswirtschaft ist eben kein reiner Markt, eine starke Rolle des Staates rettet Leben.

Die Digitalisierung nahezu aller Lebensbereiche ist längst im Gange. Sie verändert Wertschöpfung und Arbeit, Wettbewerb und Verteilung, Kultur, Meinungsbildung und Öffentlichkeit. Es liegt an uns, wer von der digitalen Transformation profitiert, ob sie unser Zusammenleben verbessert und ob es uns gelingt, Regeln, Werte und Standards durchzusetzen. Nur wenn wir in den nächsten Jahren entschieden handeln, werden wir die digitale Souveränität des Staates und der Unternehmen, der Bürger*innen und Verbraucher*innen in Deutschland und Europa erhalten können.

Angesichts dieser unaufhaltsamen Transformationen brauchen wir eine strategische Innovations- und Wirtschaftspolitik. Eine Innovationspolitik, die darauf zielt, die Produkte und Dienstleistungen von morgen und zugleich Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Gesellschaft zu entwickeln. Eine Wirtschaftspolitik, die den klaren Anspruch hat, die Ausrichtung des Wachstums mitzugestalten, statt nur Bestehendes zu konservieren und die dabei die Unternehmen und Beschäftigte im Strukturwandel unterstützt.

Es geht insofern nicht um eine abstrakte Diskussion über „mehr oder weniger Staat“, sondern um die richtige Art politischen Handelns. Mit dem klaren Ziel, die zentralen Handlungsfelder der Transformation demokratisch, erfolgreich und wertorientiert zu gestalten. Es geht um große gesamtgesellschaftliche Zukunftsmissionen. Eine so verstandene missionsorientierte Wirtschaftspolitik will Innovation und Marktkräfte für gesellschaftliche Ziele nutzbar machen. Wir wollen industrielle Wertschöpfung erhalten und ausbauen und Arbeitsplätze in Industrie, Handwerk und Dienstleistung sichern und neu schaffen.

Dafür wollen wir in Deutschland und Europa Leitmärkte aus- und aufbauen, in denen hier entwickelte Erfindungen auch angewendet werden, weitere Innovationen befördern und so neue Wertschöpfungsnetze und Arbeitsplätze entstehen können. Öffentliche Investitionen spielen dabei eine Schlüsselrolle, aber auch mit dem klaren Ziel, einen privatwirtschaftlichen Investitionsschub auszulösen. Staat und Markt können die Transformation nur gemeinsam bewältigen.

Eine missionsorientierte Wirtschaftspolitik formuliert klar, welche Herausforderungen bestehen, um unsere sozialen, ökonomischen und ökologischen Ziele zu verwirklichen. Sie bietet gleichzeitig auch konkrete Lösungswege an und vermittelt dadurch Zuversicht, ermöglicht wirtschaftliche Planungssicherheit und schafft Neugier auf das Neue. Dafür müssen wir das politische „Klein-Klein“ hinter uns lassen, denn für uns geht es um die Bewältigung von Jahrhundertaufgaben.

Grundlage für und Anspruch einer missionsorientierten Wirtschaftspolitik ist für uns, dass sie allen zugutekommt und gerecht finanziert ist: Mit öffentlichen Mitteln geförderter technologischer Fortschritt muss dem sozialen und ökologischen Fortschritt dienen. Wir wollen Sicherheit im und Sicherheit durch Wandel. Dazu gehört auch eine solide und gerechte Finanzierung der öffentlichen Haushalte. Innovation und Disruption sind oft mit einem hohen Kapitalbedarf verbunden. Er darf nicht zu Lasten sozialer Sicherung, des gesellschaftlichen Zusammenhalts und des Klimaschutzes gehen, sondern stellt den Dreiklang aus Ökonomie, Ökologie und sozialer Verantwortung in den Mittelpunkt. Daran werden wir die Ausgaben- und Einnahmenplanung orientieren und unser Steuersystem so reformieren, dass Chancen und Lasten gerecht verteilt werden.

Unsere missionsorientierte Wirtschaftspolitik basiert auf folgenden Grundsätzen:

- Zukunftsmissionen werden wir zu einer zentralen und politisch gebündelten Aufgabe einer neuen SPD-geführten Bundesregierung machen. Sie sind nicht Aufgabe eines einzelnen Ressorts und dürfen auch nicht zwischen Ressortinteressen zerrieben werden. Die bestehenden Instrumente wie zum Beispiel die Missionen der „High-Tech-Strategie“ des Bundes, Fördermaßnahmen und Infrastrukturinvestitionen, die das Potential aller Regionen berücksichtigen; aber auch regulatorische Maßnahmen müssen noch enger aufeinander abgestimmt werden.

- Die bevorstehenden Transformationen setzen Sachverstand und eine gesellschaftliche Verständigung voraus. Nicht immer lassen sich Interessenunterschiede auflösen, dennoch ist es wichtig, werteorientierte Lösungen und Wege zu finden. Über die Ausgestaltung der Zukunftsmissionen werden wir daher mit Wirtschaft, Wissenschaft sowie Gewerkschaften und Zivilgesellschaft einen engen Dialog führen.
- Wir werden das in dieser Legislaturperiode durchgesetzte hohe Investitionsniveau des Bundes mit mindestens 50 Mrd. Euro pro Jahr weiter fortsetzen und dazu beitragen, dass alle staatlichen Ebenen ihren Beitrag zu einer Investitionsoffensive leisten.
- Wir haben den auch in der Strategie „Europa 2020“ formulierten Zielwert gesamtstaatlicher Ausgaben für Forschung und Entwicklung von drei Prozent des BIP bereits in den letzten Jahren übertroffen und wollen ihn weiter auf mindestens 3,5 Prozent steigern.
- Wir müssen noch besser darin werden, aus Ideen auch Produkte und Dienstleistungen zu machen und Start-Ups zu fördern. Wir wollen die KfW zu einer modernen Innovations- und Investitionsagentur weiterentwickeln. Wir wollen unsere öffentliche Forschungslandschaft wie die Institute der Fraunhofer-Gesellschaft besser darin unterstützen, Ideen auf den Markt zu bringen.
- Bei alledem sind qualifizierte Fachkräfte erforderlich. Zugleich werden wir Beschäftigte, die vom Wandel betroffen sind, gezielt unterstützen. Wir setzen uns für das Recht auf Weiterbildung und einen beruflichen Neustart ein, also auch in der Mitte des Lebens einen neuen Beruf erlernen zu können und werden dies entsprechend absichern.
- Damit Europa im internationalen technologischen Wettbewerb bestehen und seine Souveränität behaupten kann, müssen wir in der Europäischen Union gemeinsam weiter geschlossen vorangehen. Wir setzen uns für ein neu geordnetes Wettbewerbs- und Beihilferecht ein, das Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen großen Wirtschaftsräumen verringert.

Unsere Zukunftsmissionen für die 2020er Jahre

Zukunftsmission:

**Deutschland wird spätestens 2050 ein klimaneutrales Industrieland sein.
Die Weichen dafür stellen wir in den 2020er Jahren.**

Spätestens im Jahr 2050 ist Deutschland klimaneutral. Die Energieversorgung Deutschlands basiert vollständig auf erneuerbaren Energien, unsere Gebäude werden mit erneuerbaren Energien beheizt. Unsere Industrie ist 2050 auf den Weltmärkten weiterhin führend, gerade weil sie CO₂-neutral produziert und Technologien exportiert, die die klimaneutrale Welt von morgen braucht. Das sichert Wohlstand und Arbeitsplätze. Um das zu erreichen, müssen wir in den 2020er Jahren die entscheidenden Weichen stellen: bei dem Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Stromnetze, beim Aufbau einer Wasserstoffproduktion und eines Transportnetzes, bei Investitionen in klimafreundliche Produktionsprozesse - gerade in der Industrie - und der Modernisierung des Gebäudebestandes.

Fünf zentrale und beispielhafte Prinzipien und Maßnahmen, um diese Zukunftsmission zu realisieren:

- Wir brauchen mehr Tempo beim Ausbau der Infrastrukturen von morgen: Wir brauchen Stromnetze, Wasserstoffleitungen, neue Schienenstrecken und Ladesäulen. Der Ausbau dieser Infrastrukturen muss dem Bedarf vorausgehen, er darf ihm nicht hinterherhinken. Unsere Planungen müssen auf das Jahr 2050 und nicht auf das Jahr 2021 ausgerichtet sein.
- Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss ambitionierter werden, wollen wir den Strombedarf von morgen decken. Bis 2040 soll der Strombedarf möglichst vollständig aus Wind- und Sonnenenergie gedeckt werden. Wir werden die Ausbaupfade für die erneuerbaren Energien bis 2030 deshalb anheben. Mit den Ländern wollen wir vereinbaren, dass zwei Prozent der Landesfläche für Windenergie an Land ermöglicht wird. Der darüber hinaus gehende Energiebedarf wird Offshore und durch Solarenergie-Anlagen gedeckt.
- Um den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehr und der Gebäudewärme zu unterstützen („Sektorkopplung“), werden wir die EEG-Umlage in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen und aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dazu dienen auch die Einnahmen aus der neu eingeführten CO₂-Bepreisung.
- Wir wollen eine moderne Wasserstoffindustrie aufbauen und Deutschland zum weltweiten Leitmarkt für Wasserstoff-Technologien machen. Die Phase der Pilotprojekte muss vorbei sein - wir brauchen zügig Projekte im großindustriellen Maßstab. Wir werden damit eine CO₂-neutrale Produktion von Grundstoffen wie Stahl und chemischer Produkte ermöglichen und neue Arbeitsplätze zum Beispiel im Maschinenbau schaffen.
- Gebäudesektor muss schrittweise CO₂-neutral werden. Gerade im Bestands-Mietwohnungsbau gibt es noch viel zu tun. Mit dem CO₂-Preis wollen wir vor allem Investitionen lenken und damit Vermieterinnen und Vermieter zur Modernisierung motivieren. Wir werden gesetzliche Regelungen schaffen, dass der Hauptanteil des CO₂-Preises von den Eigentümern getragen wird und orientieren uns dabei am Ziel der Warmmieten-Neutralität. Zugleich werden wir Investitionen in Wärmenetze und Quartierskonzepte staatlich fördern.

Zukunftsmission:

Wir werden bis 2030 das modernste Mobilitätssystem Europas aufbauen.

Unsere Mission ist eine klimafreundliche Mobilität für alle. Mobilität ist Teilhabe: Im Berufsleben, der Ausbildung, dem Privatleben oder im Urlaub. Alle Menschen müssen schnell, zuverlässig und klimafreundlich von A nach B gelangen, in der Stadt und auf dem Land. Wir werden deshalb die Verkehrswende voranbringen und bis 2030 das modernste und klimafreundlichste Mobilitätssystem Europas aufbauen. Das ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, zu der die Bundesregierung ihren Beitrag leisten wird, der aber auch Länder und Kommunen in die Pflicht nimmt. Für viele Bürgerinnen und Bürger wird das Auto dabei unverzichtbar bleiben. Der Umstieg auf klimafreundliche Antriebe ist deshalb elementar. Wir werden zugleich in der Stadt und auf dem Land die Alternativen zum Auto verbessern.

Fünf zentrale und beispielhafte Prinzipien und Maßnahmen, um diese Zukunftsmission zu realisieren:

- Wir stehen für einen nachhaltigen Verkehrsmix und das gesamtstaatliche Ziel einer Mobilitätsgarantie: Jede und jede Bürger/in soll einen wohnortnahen Anschluss an den öffentlichen Verkehr haben. Hier sind innovative und digitale Angebote erforderlich. Der Bund wird seinen Beitrag leisten, damit alle neuen Busse und Bahnen bis 2030 klimaneutral fahren und die vorhandenen Flotten modernisiert sind.
- Unser Ziel ist ein flächendeckendes Schnellladernetz für E-Autos in der Stadt und auf dem Land. Außerdem werden wir ein Wasserstoff-Tankstellennetz aufbauen, insbesondere für einen CO₂-freien Schwerlastverkehr auf Straße und Schiene.
- Wir werden den Deutschlandtakt für die Bahn umsetzen, die Schieneninfrastruktur weiter ausbauen und stillgelegte Trassen reaktivieren. Die Bahn muss zurück in die Fläche. Wir haben das Ziel, alle Großstädte wieder ans Fernverkehrsnetz anzuschließen und neue schnelle Zug- und Nachtzugverbindungen in unsere Nachbarländer zu etablieren. Vor allem werden wir die Attraktivität des Nahverkehrs verbessern, denn dort fahren über 90 Prozent der 2,9 Mrd. jährlichen Zugpassagiere. Sie brauchen engere Taktungen, komfortable Züge mit flächendeckendem W-LAN und eine Reservierungsmöglichkeit für Sitzplätze.
- Wir werden den Aufbau und Ausbau heimischer Wertschöpfungsketten einer modernen E-Mobilität (z.B. Produktion und Recycling von Batteriezellen, Digitalisierung der Fahrzeuge) fördern.
- Wir unterstützen die Automobil-Zulieferindustrie bei der Umstellung ihrer Produktionsprozesse und der Erschließung neuer Geschäftsfelder.

Zukunftsmission: Ein digital souveränes Deutschland und Europa

Unsere Mission ist, dass Deutschland und Europa im Jahr 2030 bei der digitalen Wertschöpfung eine führende Rolle einnehmen, so wie wir sie im 19. und 20. Jahrhundert bei der industriellen Wertschöpfung innehatten. Deutschland soll 2030 über eine digitale Infrastruktur auf Weltniveau und eine voll digitalisierte Verwaltung verfügen. Wettbewerb, Verteilung und Öffentlichkeit in der digitalen Welt werden den Regeln und Werten folgen, die wir als Gesellschaft für uns demokratisch gesetzt haben, und nicht denen, die andere für uns setzen.

Fünf zentrale und beispielhafte Prinzipien und Maßnahmen, um diese Zukunftsmission zu realisieren:

- Wir setzen uns ein für eine gezielte und koordinierte Unterstützung der deutschen und europäischen Digitalwirtschaft auf allen Ebenen des Technologie-Stacks und entlang der gesamten Wertschöpfungsketten: von der Halbleiter-Fertigung und Quantencomputing über die Cloud und Künstliche Intelligenz bis zur IT-Sicherheit, Datenwirtschaft und „heimischen“ Plattformen.

- Der Zugang zu schnellem Internet ist für die Teilhabe am modernen Leben elementar und für viele Unternehmen und Regionen ein wichtiger Standortfaktor. So wie beim Umbau der Energie-Infrastruktur muss auch bei der digitalen Infrastruktur der Ausbau dem Bedarf vorausgehen, er darf ihm nicht hinterherhinken. Schnelles Internet ist schon heute für die Teilhabe am modernen Leben elementar und wird für Unternehmen und Regionen ein immer wichtigerer Standortfaktor. In den vergangenen Jahren ist viel versprochen worden, aber nur wenig gehalten. Anstatt zur Spitze aufzuschließen, ist Deutschland gegenüber anderen Ländern bei der Versorgung mit schnellem Internet weiter zurückgefallen. Jetzt braucht es eine echte Kraftanstrengung: Deutschland muss in den 2020ern zur „Gigabit-Gesellschaft“ geworden sein. Hier stehen auch die Netzbetreiber in der Verantwortung. Damit es nicht wieder allein bei Versprechungen bleibt, werden wir Versorgung aller Haushalte und Unternehmen mit einer Bandbreite von mindestens 1 GBit/s garantieren – durch konkrete, gesetzlich festgelegte Ausbau- und Versorgungsverpflichtungen und entsprechende Zwischenziele.
- Der Staat muss moderner und bürgerfreundlicher werden. Wir wollen zunächst das Ziel des Onlinezugangsgesetzes erreichen, dass Bund, Länder und Kommunen bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale auch digital anbieten; 2025 muss die überwiegende Zahl der Behördenvorgänge in Deutschland digital abgewickelt werden können. Aber auch darüber hinaus sind weitere Anstrengungen erforderlich. Das digitale Update der Verwaltung muss auch alle internen Prozesse umfassen und dabei von neuen Technologien wie Künstlicher Intelligenz Gebrauch machen.
- Wir wollen einen fairen Wettbewerb auch in der digitalen Wirtschaft: Wir werden uns dafür einsetzen, dass mit der Umsetzung der aktuellen EU-Vorhaben (Digital Services Act und Digital Markets Act) die Anbieter kritischer Größe und mit Gatekeeper-Funktion zu echter Interoperabilität verpflichtet werden. Zu einem fairen Wettbewerb gehören auch ein Ausbau der Auskunftspflichten von Plattformen gegenüber Behörden, ein regulatorischer Rahmen für die Erwerbsarbeit auf und für Plattformen, die Senkung von Markteintrittsschwellen in datengetriebenen Märkten (z.B. durch eine Regelung für Datenteilung) und eine faire international abgestimmte Besteuerung von Unternehmen der Digitalwirtschaft.
- Freiheit und Demokratie in der digitalen Welt erhalten: In der durch digitale Plattformen geschaffenen Öffentlichkeit finden neue Formen der Willensbildung und des Meinungsaustausches statt, aber auch Fake News und Diskriminierung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Menschen sich in der digitalen Welt als emanzipierte Bürgerinnen und Bürger mit Rechten und Pflichten bewegen können. Dazu werden wir digitale Plattformen stärker in die Verantwortung nehmen und den Aufbau von europäischen die Bürger*innenrechte wahrenen Diensten fördern.

Zukunftsmission: Eine gute und moderne Gesundheitsversorgung für alle

Wir wollen ein Gesundheitssystem, das allen Bürgerinnen und Bürgern gleichberechtigt und unabhängig vom Wohnort eine gute und bedarfsgerechte Versorgung gewährleistet. Die Corona-Pandemie hat gezeigt: Deutschland hat ein gutes Gesundheitssystem - es muss allerdings an einigen zentralen Punkten verstärkt und modernisiert werden. So braucht der öffentliche Gesundheitsdienst

eine bessere Ausstattung mit einer digitalen Infrastruktur – Hardware ebenso wie Software. Wie andernorts im Bereich der Gesundheitsversorgung und der öffentlichen Daseinsvorsorge bedeutet es aber auch: personelle Verstärkung. Grundsätzlich wollen wir die bestehenden Versorgungsstrukturen verbessern, Innovationen im Gesundheitssystem forcieren und die Potenziale der Digitalisierung zügiger und umfassender nutzen.

Fünf zentrale und beispielhafte Prinzipien und Maßnahmen, um diese Zukunftsmission zu realisieren:

- Dass die gezielte Förderung von Innovationen und neuen Methoden erfolgreich sein kann, hat aktuell das Beispiel BioNtech gezeigt. Deutschland muss wieder zur einer „Apotheke der Welt“ werden und seine Innovationskraft einsetzen, um Krankheiten zu bekämpfen. Wir wollen die besten Medikamente und besten medizinischen Produkte entwickeln und werden deswegen in die Forschung, auch im Bereich der personalisierten Medizin weiter investieren. Eines unserer Ziele ist die Standardisierung der Entwicklungsmethoden der personalisierten Medizin, so dass sie zu erschwinglichen Preisen für alle zugänglich wird. Die „maßgefertigten Produkte“ statt der „Präparate von der Stange“ sind Anfang einer neuen Gesundheitswirtschaft und eine neue Zeit der adaptiven Zulassung von Medikamenten. Personalisierte Medizin bewirkt eine Veränderung im Verhältnis von Behandlung und Diagnostik.
- Wir müssen die Potenziale der Digitalisierung für die Verbesserung von Diagnosen und für die flächendeckende gesundheitliche Versorgung entschlossener nutzen. Der Schlüssel dazu sind Investitionen in die digitale Infrastruktur, um Prozesse zu optimieren und neuartige E-Health-Anwendungen mit hohem medizinischem Nutzen flächendeckend zu verbreiten. Eine Chance sehen wir auch in KI und Robotik als Werkzeuge in der Diagnose und Behandlung, um die Qualität der Versorgung stets zu steigern. Für uns ist aber klar: Die Digitalisierung soll unser engagiertes medizinisches Personal nicht ersetzen, sondern bestmöglich unterstützen. Damit vom Pfleger bis zur niedergelassenen Ärztin alle die digitale Transformation bewältigen können, sind Weiterbildungs- und Unterstützungsangebote unerlässlich.
- Eine gute Gesundheitsversorgung muss flächendeckend und umfassend und sein. Die Gesundheitsversorgung ist für uns ein zentrales Element der öffentlichen Daseinsvorsorge und gleichwertiger Lebensverhältnisse. Schon heute gibt es ländliche Regionen und städtische Quartiere, in denen das nicht mehr gewährleistet ist. Wir brauchen aber überall eine Gesundheitsversorgung, die auch dann ausreicht, wenn es besondere Krankheitsgeschehen wie die Pandemie gibt. Das Fallpauschalensystem ist für die Finanzierung von Vorhaltekosten nicht geeignet. Es setzt außerdem Fehlanreize bei den Leistungen und muss gründlich überdacht werden. Wir brauchen darüber hinaus eine verbindliche Bedarfsplanung in den Ländern für ein umfassendes, zuverlässiges und flächendeckendes Versorgungssystem, das den Status Quo nicht einfach fortschreibt. Dazu gehört eine stärkere Öffnung von Krankenhäusern für die ambulante Versorgung.
- Schwerpunkt auf Prävention: Unser System ist bislang zu stark auf die Versorgung im Krankheitsfall und damit auf die Wiederherstellung der Gesundheit und auch der Erwerbsfähigkeit ausgerichtet. Die Ausgaben für die Gesunderhaltung, also Prävention, betragen derzeit geringe 0,2-0,25%. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel. Das gemeinsame Ziel muss auch eine aktive Strategie zur Gesundheitserhaltung sein. Auch hier können neuen Technologien sehr hilfreich sein.

- Wir setzen uns weiter ein für eine Bürgerkrankenversicherung und eine Bürgerversicherung in der Pflege im Sinne einer Pflegevollversicherung. Sie soll alle pflegerischen Bedarfe und Leistungen abdecken. Pflege ist für uns Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Länder, Landkreise und Kommunen sollen mehr Möglichkeiten erhalten, darüber zu entscheiden, wo und in welcher Trägerschaft Heime entstehen. So können sie ihren Sicherstellungsauftrag besser gewährleisten. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen müssen vor Überforderung und einem Abrutschen in die Grundsicherung geschützt werden. Die Leistungen der Pflegeversicherung müssen bedarfsgerecht sein.